

IA1 Gegen Rechts Konsequent - Wir sind die 99 Prozent!

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 02.04.2024
Tagesordnungspunkt: #3 LMV Anträge

1 35.000 Menschen in Osnabrück, 6.000 in Oldenburg oder rund 1000 bei einer
2 Kundgebung gegen Rechts in Uelzen. In den letzten Monaten gab es in ganz
3 Niedersachsen über 100 Demonstrationen gegen Rechts. Nach den Veröffentlichungen
4 des Recherchenetzwerks Correctiv über das Potsdamer Treffen von rechtsextremen
5 Akteur*innen, Politiker*innen der AfD und CDU sowie ihren Geldgeber*innen sind
6 vielerorts Menschen kollektiv laut geworden gegen rechte Kräfte. Es gibt Mut und
7 Hoffnung, die Straßen und Marktplätze Niedersachsens voller Menschen zu sehen,
8 die sich gegen die Pläne dieser Faschist*innen stellen. Allerdings sehen wir
9 auch, dass an vielen Orten auch Politiker*innen an diesen Protesten teilnehmen,
10 die den Aufwind der extremen Rechten und ihrer rassistischen Hetze durch ihre
11 Politik selbst ermöglichen. Zeitgleich verfehlen die Proteste es, dies zu
12 adressieren. Für uns als GRÜNE JUGEND Niedersachsen steht fest, dass es nicht
13 ausreicht, ein AfD-Verbot zu verhängen. Notwendig ist es, langfristige
14 Strategien gegen Rechts, von links zu organisieren!

15 Preissteigerungen im Supermarkt, die nächste Mieterhöhung oder zu hohe
16 Heizkosten: Während die Schere zwischen Arm und Reich immer größer wird, werden
17 viele Menschen in Niedersachsen in ihrem Alltag mit wachsenden Abstiegsängsten
18 konfrontiert. Besonders ins Gewicht fallen diese Teuerungen, weil auf der
19 Einnahmenseite für die arbeitende Klasse nichts hinzu kommt: Die Höhe des
20 Mindestlohns bleibt für mehr als 6 Millionen Beschäftigte weiterhin nicht
21 existenzsichernd und wird nur um wenige Cent erhöht, was durch die Inflation
22 einem faktischen Reallohnverlust entspricht. Eine grundlegende Reform des BAföG
23 oder eine echte Kindergrundsicherung für die mehr als 2 Millionen Kinder in
24 Armut fallen der neoliberalen Kürzungspolitik der Ampel zum Opfer. Während
25 Investitionen in den maroden Sozialstaat ausbleiben, wird eine Umverteilung von
26 unten nach oben befeuert.

27 Eine Investitionsoffensive ist längst überfällig, denn wir haben nichts davon,
28 wenn wir in einem kaputtgekürztem System aufwachsen!

29 **Steine für die Brandmauer statt für die Festung** 30 **Europa**

31 Während es die Parteienlandschaft versäumt, die über Ländergrenzen hinweg
32 verbreiteten sozialen Ungerechtigkeiten als zentralen politischen Konflikt
33 unserer Zeit zu politisieren, hat es die Rechte geschafft, Migration zentral in
34 den Mittelpunkt politischer Debatten zu positionieren und ihre rassistische,
35 völkisch-nationalistische Ideologie darin auszuweiten. Ob Kraus für die AfD in
36 Deutschland, Le Pen in Frankreich oder Wilders in den Niederlanden: In ganz
37 Europa wird Migration zur Ursache der Krisen unserer Zeit erklärt. Während die
38 extreme Rechte vor wenigen Jahren europaweit noch den Austritt oder die
39 Abschaffung der EU forderte, geht es heute Schritt für Schritt um die politische
40 Eroberung der EU.

41 Ob in Regierungsverantwortung oder nicht, die extreme Rechte schafft es, den
42 Diskurs so zu prägen, dass wir schon heute massive Asylrechtsverschärfungen und
43 Abschottungsmaßnahmen erleben. Zäune, Pushbacks, Haftlager und eine immer
44 brutalere Abschreckung sind längst Konsens in Europa. Menschen auf der Flucht
45 suchen Schutz und Sicherheit, doch das wird ihnen nicht ansatzweise geboten. Der
46 anhaltende Ausbau der Festung Europa wird mit den in der GEAS-Reform
47 beschlossenen Haftlagern für Geflüchtete einschließlich Kindern und ihrer
48 Familien fortgesetzt. Diese hierarchisierte Ausgrenzung Geflüchteter von der
49 Gesellschaft bereitet den extremen Rechten so bereits inhaltlich den Weg und hat
50 unter anderem zur Folge, dass tief verankerte rassistische Realitäten verfestigt
51 werden.

52 **Rassistische Migrationspolitik schafft keine** 53 **soziale Sicherheit**

54 Die Ursachen für migrationsfeindliche Haltungen von Wähler*innen rechtsextremer
55 Parteien ähneln sich über Ländergrenzen hinweg. Gestiegene Preise für
56 Lebensmittel und Energie sowie die anhaltende Wohnungsknappheit legten soziale
57 Sicherheit als bestimmendes Thema für den niederländischen Wahlkampf nahe, bis
58 sich Liberale und Konservative darauf einließen, das Thema Migration in den
59 Mittelpunkt zu stellen. Die rechtsextreme PVV um Geert Wilders konnte
60 infolgedessen die Wahl gewinnen. In Frankreich verknüpfen Wähler*innen des
61 Rassemblement National um Marine Le Pen ihre migrationsfeindliche Haltung
62 insbesondere mit Sorgen um das Sozialversicherungssystem.

63 Vorhandene oder befürchtete Abstiegsängste, Kontrollverluste und Existenzsorgen
64 werden durch eine erzeugte Konkurrenz mit Geflüchteten europaweit gefüttert. Die
65 extreme Rechte nutzt diese Ängste um die soziale Sicherheit und spielt aus
66 politischem Kalkül heraus Gruppen gegeneinander aus. Unter der neoliberalen
67 Erzählung, die besagt, dass der Kuchen nicht für alle reiche, leiden dabei
68 marginalisierte Gruppen besonders oft: In Altersarmut lebende Rentner*innen
69 werden gegen die alleinerziehende Mutter in Teilzeit ausgespielt und
70 Bürgergeldempfänger*innen gegen Geflüchtete. Dabei zeigt die nahezu reibungslose
71 EU-weite Aufnahme von fast sechs Millionen Geflüchteten aus der Ukraine
72 innerhalb weniger Wochen, dass es ein politisches Kalkül ist, eine Abgrenzung
73 zwischen Innen und Außen aufzumachen. Migration wird so als Krise formuliert,
74 während die realen Krisen um die soziale Sicherheit weiter verschärft werden.

75 Eine Politik, die den Rechten den Nährboden entzieht, darf nicht an der
76 Oberfläche kratzen, sondern muss an die grundlegenden Macht- und die
77 Vermögensverhältnisse ran: Es wäre nur gerecht, diejenigen zur Kasse zu bitten,
78 die in den letzten Jahren Übergewinne gemacht haben, Millionen mit
79 Mieterhöhungen verdient haben und deren Millionenvermögen selbst in der Krise
80 von alleine weiter gewachsen sind. Gegen Rechts brauchen wir eine echte
81 Umverteilung von oben nach unten!

82 Vom Wohlfahrtsstaat zum nationalen 83 Wettbewerbsstaat

84 Statt der immer größer werdenden Spaltung entgegenzuwirken, findet seit
85 Jahrzehnten kontinuierlich ein neoliberaler Umbau des Sozialstaates statt,
86 welcher vor allem ein Ziel verfolgt: Die maximale Steigerung von Profiten. Das
87 große Ziel war und ist es auch heute, Deutschland als einen Wirtschaftsstandort
88 zu etablieren, welcher international sowohl innerhalb, als auch außerhalb der
89 Europäischen Union eine führende Rolle einnimmt. Der Ausbau des
90 Niedriglohnssektors im Zuge der Agenda 2010 ist als zentrales Beispiel
91 hervorzuheben, bei dem soziale Bestrebungen konsequent ökonomischen
92 untergeordnet wurden. Reformen wie diese führten zu einem enormen
93 Vertrauensverlust, der den Nährboden für eine gesellschaftliche Spaltung
94 bereitete.

95 Aber nicht nur der Abbau des Sozialstaates führt zu großen Unsicherheiten und
96 Zukunftsängsten, sondern auch die fortlaufende Privatisierung der öffentlichen
97 Daseinsversorgung. Wenn mit unserem Grundbedürfnis Wohnen vor allem Profite
98 erzielt werden sollen, kommt es zu einem Rückbau von Sozialwohnungen, zur
99 Expansion von hohen Mieten und zum Fluss der Gewinne in die Taschen einiger
100 Weniger. Wenn durch die schlechten Arbeitsbedingungen wichtiges Pflegepersonal
101 nicht mehr ihrer Arbeit nachgehen kann, werden die Profite Einzelner über die
102 Gesundheit der Vielen und über das Wohl der Beschäftigten im Gesundheitssektor
103 gestellt. Wenn immer mehr Kitaplätze wegfallen, weil soziale Berufe
104 unterfinanziert und Erzieher*innen ausgebeutet werden, dann liegt das in diesem
105 System daran, dass diese Arbeit nach der kapitalistischen Logik keine großen
106 Profite abwirft. Bei all dem kommt schnell das Gefühl auf, dass nicht genug für
107 alle da sei.

108 Es ist genug für alle da – holen wir es uns 109 zurück!

110 Die aggressive Privatisierung verbunden mit der systematischen Umverteilung von
111 unten nach oben führt zu einer ungerechten Verteilung von Wohlstand und zur
112 Spaltung der 99 Prozent.

113 Wir erleben in vielen politischen Entscheidungen, dass diese weniger das Ziel
114 haben, die Lebensrealität der Vielen zu verbessern. Vielmehr sorgen politische
115 Entscheidungen dafür, dass der Wohlstand der Wenigen nicht nur gesichert,
116 sondern sogar weiter ausgebaut wird - Und das auf dem Rücken unserer Eltern,
117 Freund*innen und uns selbst. Zusätzlich befeuert die neoliberale Erzählung der
118 Konkurrenz immer weiter diese Spaltung und genau dem müssen wir entgegenwirken.

119 Es braucht eine solidarische Praxis vor Ort, die Menschen wieder Hoffnung gibt.
120 Die Menschen ermächtigt und sie für sich selbst einstehen lässt. Das Erleben von
121 Solidarität vor Ort sorgt dafür, dass Menschen sich nicht länger allein fühlen,
122 sich selbst für ihre Verhältnisse verantwortlich machen oder die Schuld von
123 erlebter Ungerechtigkeit weiterhin in Minderheiten suchen. Das Erleben von
124 Solidarität vor Ort sorgt dafür, dass echte Veränderung wieder greifbar wird.

125 Dafür müssen wir Kämpfe vor Ort erkennen und uns mit diesen solidarisieren, um
126 konkret etwas an der Lebensrealität der Menschen verändern zu können. Seien es

- 127 viel zu hohe Mieten, sei es der Bus, der uns nicht abholt oder ein Musikverbot
128 im Stadtpark. Das sind Kämpfe, die wir unterstützen sollten, um linke Antworten
129 wieder erlebbar zu machen.
- 130 Um eine wirkliche Veränderung der Lebensrealität der 99 Prozent zu realisieren,
131 fordern wir als GRÜNE JUGEND Niedersachsen:
- 132 Keine weiteren Asylrechtsverschärfungen!
- 133 Die extreme Rechte wird nicht geschwächt, indem man ihre Forderungen übernimmt.
134 Der kommunale Investitionsstau bestand auch schon vor den aktuellen
135 Fluchtbewegungen. Eine Überlastung der Kommunen durch Geflüchtete zu begründen,
136 verkennt die tatsächlichen Ursachen. Niedersachsen muss sich aktiv für sichere
137 Fluchtwege und eine Ausfinanzierung der Kommunen einsetzen. Wir fordern, dass
138 Niedersachsen keine weiteren Asylrechtsverschärfungen mitträgt und sich aktiv
139 für humane Migrationspolitik stark macht!
- 140 Aus der vollen Tasche in die leere Kasse - Tax the Rich!
- 141 Investitionen in KiTa-Plätze, Schulen, Wohnungen oder Unterkünfte für
142 Schutzbedürftige sind Investitionen in die Zukunft. Gelder, die bis jetzt nur
143 einige Extremreiche besitzen, müssen umverteilt werden. Wir fordern deshalb eine
144 Millionärssteuer, die den 99 Prozent zugutekommt!
- 145 Öffentliche Daseinsvorsorge in die öffentliche Hand!
- 146 Wir stellen uns gegen eine systematische Privatisierung unserer
147 Grundbedürfnisse. Energieversorgung, Wohnen und Gesundheitsversorgung sollten
148 keinen Profitlogiken folgen! Dazu fordern wir einen schrittweisen Rückerwerb
149 aller privaten Konzerne, die mit unseren Grundbedürfnissen wirtschaften, durch
150 die Kommunen.
- 151 Let's get organized!
- 152 Mit unserer Kampagne zur Europawahl werden wir mit vielen Menschen ins Gespräch
153 kommen, denn wir wollen mehr werden. Dafür wollen wir Menschen aus ihrer
154 Ohnmacht und Frustration befreien und ihnen zeigen, dass ein besseres Morgen für
155 uns alle möglich ist!

Begründung

erfolgt mündlich